Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postscheckkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtgirokonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Eingesandt 90 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten u. Stellengesuche. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsliste von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptschriftleiter Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 26 | Dresden, Sonnabend, 31. Januar | 1925

Die Antwort des Reichskanzlers auf Herriots Anklage.

Berlin, 30. Januar.

In den Räumen der Presseabteilung der Reichsregierung fand heute abend ein Empfang der ausländischen Presse statt, deren Berliner Vertreter fast vollzählig erschienen waren. Außer dem Reichskanzler Dr. Luther und dem Reichstagspräsidenten Löbe waren anwesend der Reichsminister des Äußern Dr. Stresemann, Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Reichsjustizminister Dr. Frenken, Reichsfinanzminister Dr. v. Schlieben, Reichsernährungsminister Graf Kanitz, der Botschafter in Washington Frhr. v. Maltzan, die Staatssekretäre v. Schubert, Trendelenburg, Dr. Kempner und Hazebrouck, die Berliner Gesandten zahlreicher deutscher Länder, darunter der sächsische Gesandte Dr. Gradnauer, sowie eine große Anzahl höherer Reichsbeamten. Nach einer Begrüßungsansprache des Leiters der Presseabteilung der Reichsregierung Dr. Kiep ergriff der Reichskanzler das Wort zu folgender Rede:

Wenn man die außenpolitischen Geschehnisse und Probleme überblickt, die das erste Jahrfünft nach dem Abschluß des Weltkrieges erfüllt haben, so erscheinen sie als ein Wirrsal politischer und wirtschaftlicher Streitfragen, die die Völker Europas auch nach dem Friedensschluß immer noch am Rande eines Abgrundes festhielten. Alle Versuche dieser Jahre, das Wirrsal zu lösen, scheiterten an der Fortdauer der Gegensätze aus dem Kriege, die den Friedensschluß überlebt hatten.

Die Entwirrung hat begonnen, als aus dem Knäuel der Probleme eines der wichtigsten, die

Reparationsfrage,

herausgenommen und auf diejenige Grundlage gestellt wurde, auf der allein eine endgültige Regelung erzielt werden konnte, auf die Grundlage der Verständigung. Die nüchterne Arbeit der Sachverständigen, die die Reparationsfrage auf ihren wirtschaftlichen Kern zurückführte, ermöglichte die

Londoner Konferenz

und brachte so die Parteien am Verhandlungstisch zusammen. Die hier zum ersten Male nach dem Weltkrieg angewendete Methode der Verhandlung auf gleichem Fuße führte schnell zu einem bedeutsamen Ergebnis.

Der Dawesplan wurde in Kraft gesetzt, und damit der Grundstein für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas gelegt.

Das war aber keineswegs das einzige Ergebnis der Londoner Konferenz. Wir haben die Londoner Vereinbarungen niemals als ein Ereignis rein wirtschaftlicher und technischer Bedeutung angesehen. Wir haben vielmehr erwartet, daß mit der Konferenz

eine neue Epoche

eingeleitet sei, eine Epoche, in der die großen internationalen Probleme überhaupt nicht mehr durch einseitige Entscheidungen, sondern auf dem Wege des friedlichen Ausgleiches der Interessen gelöst werden würden; diese Erwartung schien bestätigt zu werden durch die zur Durchführung der Londoner Vereinbarungen eingeleiteten Verhandlungen, die sich infolge des verständnisvollen Zusammenwirkens beider Teile durchaus erfolgreich gestalteten.

Man durfte hoffen, daß diese Entwicklung eine gute Aussicht auch für diejenigen politischen Probleme eröffnete, die sonst noch der Lösung harrten.

In dieser Hoffnung ist Deutschland mit dem Beginn des neuen Jahres schwer enttäuscht worden.

Sie alle kennen den Verlauf und den Stand des ernsten Konfliktes, der wegen der

Räumung der nördlichen Rheinlandzone

entstanden ist. Die bisherige Behandlung dieses Konfliktes durch öffentlichen Notenwechsel, den die Alliierten eingeleitet haben und den die Reichsregierung notgedrungen hat aufnehmen müssen, ruft in Deutschland naturgemäß wieder die Erinnerung wach an die bedenkliche und fruchtlose Methode der ersten Nachkriegsjahre.

Ich glaube, daß der Konflikt seiner Lösung schon viel näher gebracht worden wäre, wenn die alliierten Regierungen das Verfahren, das auf der Londoner Konferenz einen so sichtbaren Erfolg gezeitigt hat, das Verfahren einer vertrauensvollen Aussprache, auch jetzt angewandt hätten.

Es läßt sich nicht verhehlen, daß in der im letzten Sommer angebahnten Entwicklung ein Rückschlag eingetreten ist, der hüben und drüben die begonnene Beruhigung der Geister wieder gefährdet. Das ist nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern im Interesse der allgemeinen Weltpolitik tief zu bedauern.

Die Alliierten beschuldigen Deutschland des Vertragsbruchs und ziehen daraus Folgerungen von größter Tragweite. Ich muß immer und immer wieder darauf hinweisen, was es bedeutet,

wenn man einen Vertragsbruch behauptet, wenn man damit Sanktionsmaßnahmen begründet, wenn man es aber nicht einmal für notwendig hält, dem betroffenen Lande durch Substantiierung der Beschuldigung die Möglichkeit der Verteidigung wie auch die Möglichkeit der sachlichen Auseinandersetzung zu geben. Gegenüber einem Lande, mit dem die Alliierten vor wenigen Monaten wichtige Probleme am Verhandlungstische gelöst haben, mit dem sie auch jetzt gewisse andere Fragen auf dem allein richtigen Wege sachlicher Verhandlung erörtern, nehmen die Alliierten in einer Frage von so vitaler politischer Bedeutung, wie es die Frage der Räumung der Kölner Zone ist, das Recht für sich in Anspruch, dieses selbe Land gleichsam vom Richtertische aus wie einen Angeklagten zu behandeln und ihn sogar nach gefälltem Urteilsspruch noch in Unkenntnis des einzelnen Anklage- und Beweismaterials zu halten. Ich kann das nicht für eine Politik halten, die den gemeinsamen Zielen der Völker dient.

Die vorgestrige

Rede des französischen Herrn Ministerpräsidenten,

mit der er nach seinen eigenen Worten die öffentliche Diskussion der Abrüstungsfrage eröffnen will, versucht allerdings, den gegen Deutschland erhobenen Vorwürfen etwas mehr Substanz zu geben, als dies die vagen Kapitalüberschriften in der ersten alliierten Note taten. Herr Herriot macht uns Vorwürfe, daß wir durch die

Ausbildung von Zeitfreiwilligen Reserveformen geschaffen hätten. Wenn man in Deutschland damals, als unsere innerpolitischen Verhältnisse eine besonders gefährliche Spannung zeigten, wirklich einige tausend Studenten für einige Wochen zu Übungen herangezogen hat, was bedeutet das für das Ausland angesichts der Tatsache, daß es in ganz Deutschland die modernen Kampfmittel, die für die Kriegführung allein ausschlaggebend sind, überhaupt nicht mehr gibt? Was bedeutet es, wenn nach einer Entwaffnungsaktion von so riesenhaftem Ausmaß hier und da geringe Bestände an altem Kriegsmaterial oder an überzähligen Ausrüstungsstücken gefunden worden sind?

Sie brauchen, um das Verhältnis zwischen unseren Leistungen und den etwaigen Rückständen zu erkennen, nur die Zahlen zu vergleichen, die Herr Herriot selbst in seiner Rede anführte, wobei ich mich auf Angaben und besonders Zahlen, die ich noch nicht habe nachprüfen können, nicht festlegen möchte.

Der französische Herr Ministerpräsident sagt, daß mehr als 33 000 Kanonen, 23 000 Lafetten, 11 000 Minenwerfer, mehr als 4½ Millionen Minenwerfergeschosse, mehr als 87 000 Maschinengewehre, 4½ Millionen Gewehre, mehr als 400 Millionen Kartuschen und ungefähr 10 Millionen Handgranaten zerstört worden seien. Demgegenüber fallen doch die von ihm erwähnten Funde von 100 000 Stahlläufen für Gewehrläufe, 17 000 Stahlläufen für Maschinengewehrläufe, 10 000 Pistolenläufe und 100 Werkzeugkasten wirklich nicht ins Gewicht.

Kein ernsthafter Militär wird sich dazu verstehen, derartigen Dingen irgendwelche militärische Bedeutung beizumessen.

Ich kann Sie aber versichern, daß die Reichsregierung fest entschlossen ist, Verstöße in der Entwaffnung, die ihr von den Alliierten nachgewiesen werden oder sonst zu ihrer Kenntnis gelangen, zu beseitigen.

Man gebe uns zu diesem Zweck endlich den Bericht, in dem die Kontrollkommission das Ergebnis von mehr als achtzehnhundert Besuchen zusammengestellt hat, und wir werden den Nachweis erbringen, daß wirklich kein Anlaß vorlag oder vorliegt, diesen Einzelfragen den Charakter eines internationalen Konflikts zu geben.

Eine besondere Behandlung erfordert die

Polizeifrage,

auf die der französische Herr Ministerpräsident großes Gewicht zu legen scheint. Sie, meine Damen und Herren, kennen die deutschen Verhältnisse aus eigener Anschauung. Sie werden deshalb Verständnis dafür haben, daß wir nach unserer ganzen inneren Lage auf eine Polizei, die straffer als unsere Polizei vor dem Kriege organisiert ist, nicht verzichten können. Ich brauche zur Begründung nur auf die

kommunistische Bewegung

hinzuweisen, die auch anderen Ländern zu schaffen macht, ohne daß ich damit ein Schreckgespenst an die Wand malen will. Solange die innere Konsolidierung Deutschlands fort-

Brauns Wiederwahl zum preußischen Ministerpräsidenten.

Berlin, 31. Januar.

Auf der Tagesordnung der Freitagssitzung des Preußischen Landtags, die, bei überaus stark besetztem Haus und überfüllten Tribünen, um 2,15 Uhr beginnt, steht als einziger Punkt:

Wahl des Ministerpräsidenten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt der Zentrumsführer Herold das Wort zu der Erklärung, daß er nur durch einen bedauerlichen Zufall bei einer der Abstimmungen der letzten Sitzung gefehlt habe. Er habe die Absicht gehabt, an allen vier Abstimmungen im Sinne der Mehrheit seiner Fraktion sich zu beteiligen.

*

Um 2,45 Uhr beginnt dann die

Wahl des Ministerpräsidenten

mit dem Namensaufruf der Abgeordneten, die verdeckte Stimmzettel abzugeben haben. Der Wahlakt war um ½4 Uhr beendet. 12 Minuten später verkündete Präsident Barthels unter großer Spannung des Hauses folgendes Ergebnis: Es sind 441 Stimmzettel abgegeben worden, davon sind 6 unbeschrieben. Die absolute Mehrheit der 435 gültigen Stimmen beträgt 218. Es haben erhalten:

Otto Braun (Soz.) 211 Stimmen
(Stürmischer, langanhaltender Beifall bei der Kleinen Koalition),
v. Kries (Dnat.) 175 Stimmen
Pieck (Komm.) 39 „

Damit ist Otto Braun, der bisherige Ministerpräsident, wieder zum Ministerpräsidenten gewählt. Für ihn stimmten Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum, für den Abg. v. Kries Deutsche Volkspartei, Deutschnationale und Völkische, während sich die Wirtschaftspartei enthielt.

Nach der Verkündigung des Wahlergebnisses erbittet der Präsident die Ermächtigung, Tag und Tagesordnung der nächsten Sitzung, die Anfang kommender Woche stattfinden soll, festzusetzen.

*

Verhandlungen mit Fraktionsführern.

Berlin, 31. Januar.

Der preußische Ministerpräsident Braun hatte gestern abend längere Besprechungen mit den Führern der Landtagsfraktionen des Zentrums, der Demokraten und Sozialdemokraten.

Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, bestand Einigkeit darüber, daß der Ministerpräsident zunächst den Versuch machen möge, ein Kabinett der großen Koalition durch Verhandlungen mit der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung wieder herzustellen, daß aber auch beim Scheitern dieser Lösung unter allen Umständen der Versuch einer Kabinettsbildung durch den Ministerpräsidenten Braun fortgesetzt werden solle. Die nächste Vollsitzung des Preußischen Landtages wird voraussichtlich am 5. Februar, die Sitzung des Ältestenausschusses am 3. Februar stattfinden.

*

Pressestimmen von rechts und links.

Berlin, 31. Januar.

Die gestrige Wiederwahl des sozialdemokratischen Abgeordneten Braun zum preußischen Ministerpräsidenten wird von der Presse nicht als endgültige Lösung der politischen Schwierigkeiten in Preußen betrachtet.

Die „Deutsche Tageszeitung" prophezeit Braun große Schwierigkeiten bei der parlamentarischen Entscheidung über die Vertrauensfrage.

Die „Zeit" kündigt Braun schärfste Opposition an für den Fall, daß er die Bildung des neuen preußischen Kabinetts übernehme.

Die „Germania" unterstreicht in ihren Bemerkungen, daß die gesamte Zentrumsfraktion, mit Ausnahme zweier schwerkranker Mitglieder, sich an der Abstimmung im Sinne des Fraktionsbeschlusses beteiligt habe.

Das „B. T." erklärt, daß Braun mit der Übernahme des neuen Mandats zur Kabinettsbildung die Verpflichtung auf sich genommen habe, der Regierung eine nach Lage der Dinge möglichst breite parlamentarische Grundlage zu geben. Die Entscheidung liege zwar zunächst bei der Sozialdemokratie; aber sie komme auch von neuem der Deutschen Volkspartei zu.

Die „Voss. Ztg." verbucht die Wiederwahl Brauns als einen Gewinn für den republikanischen und demokratischen Gedanken.

Der „Vorwärts" schreibt, Braun werde versuchen müssen, besser gesicherte Mehrheitsverhältnisse zu schaffen, die eine Wiederholung der Vorgänge vom 23. d. M. ausschließen. Gelinge ihm das nicht, so sei mit der Möglichkeit zu rechnen, daß er die Wahl nicht annehme. Der parlamentarische Sieg von heute müsse seine Fortsetzung, Bestätigung und Krönung finden bei den nächsten preußischen Landtagswahlen, die voraussichtlich nicht lange auf sich warten lassen würden.

SLUB
Wir führen Wissen.